

## Landtagswahlen 2018: Verantwortungsvoll Weichen stellen

**Politik** ist kein Kampf um mehr Macht und mehr Geld, sondern die hehre Kunst, das **Gemeinwohl** zu erkennen und umzusetzen. Aus diesem Grund geht Politik jeden etwas an, der **an das Gute glaubt** und das Gemeinwohl verfolgt. Zu diesen gehören ohne Zweifel die christliche Gemeinschaft und die Caritas, die Ausdruck derselben ist.

Jeder Bürger ist aufgerufen, zur Beseitigung von Erschwernissen beizutragen, die „die volle Entfaltung der menschlichen Person im Wege stehen“ (Artikel 3 der Verfassung). Jeder Christ ist aufgerufen, sich „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, **besonders der Armen** und Bedrängten aller Art“ (Gaudium et spes 1) eigen zu machen.

Südtirol ist im Vergleich mit anderen Ländern in Europa und der Welt ein reiches Land. Dieser **Reichtum** – sei es materieller als auch spiritueller Natur – kann und muss geteilt werden mit Menschen, denen es nicht so gut geht (materiell und spirituell), sei es in der Provinz Bozen als auch andernorts.

Zuallererst gilt es die **Rechte und primären Bedürfnisse** aller Menschen zu respektieren, sei es als Einzelpersonen, sei es innerhalb der gesellschaftlichen Gebilde, in denen sich ihre Persönlichkeit entfaltet. Gleichzeitig ist es wichtig, dass jeder, nach den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seiner „unabdingbaren **Pflichten**“ politischer, wirtschaftlicher und sozialer **Solidarität**“ nachkommt (siehe Artikel 2 der Verfassung).

In Südtirol muss der **Sozialstaat** gefestigt werden. Von den Investitionen, welche gemacht werden, um der sozialen Not entgegenzuwirken, profitiert die gesamte Gesellschaft und sie fördern die **Lebensqualität** aller. Wenn es meinem Nachbarn schlecht geht, kann es auch mir nicht richtig gut gehen. Für manche besteht die Lösung vielleicht darin, die **Armen** zu **beseitigen**. Für die Caritas und alle Menschen guten Willens indes ist die Lösung die, die **Armut** zu **beseitigen**.

Damit die Herausforderungen im Sozialen (und auch in anderen Bereichen) angemessen gemeistert werden können, ist es notwendig, Instrumente zur **Beobachtung** und Analyse zu schaffen, um die Situationen erstmal richtig zu erkennen. Es ist wichtig, dass die Institutionen, angefangen bei der Landesverwaltung, in die **soziale Forschung** investieren, um die Probleme geplant anzugehen und nicht, wie so oft, erst im **Notfall** unter Druck zu reagieren.

Es gehört zu den Aufgaben der Politik, die Ressourcen, die es in der **Gemeinschaft** bereits gibt, zu stärken. Das sind z.B. die Verschiedenheiten der Kulturen, die verschiedensten Formen von Freiwilligenarbeit, die Pflege der natürlichen Ressourcen, das Unternehmertum und die Zusammenarbeit. Die Gemeinschaft soll inklusionsfähig werden, Tradition gleichermaßen schätzen wie Innovation, das Prinzip der Subsidiarität sowie den Dialog und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Parolen und Aktionen sind hingegen zu vermeiden, die zu neuen Zentralismen und Auseinandersetzungen führen; es dürfen auch nicht **Unsicherheiten ausgenutzt** werden, welche die raschen Veränderungen hervorrufen, die wir erleben und deren Protagonisten – im positiven Sinne – wir auch sein möchten.

Nachdem heute vorherrschend eine Tendenz zur „Verrohung der Sprache, der Angstmacherei, dem Übertreiben, der demagogischen Argumentationen“ herrscht (Bischof Ivo Muser, Hirtenbrief 15.8.2018), hofft die Caritas, dass der Wahlkampf so geführt wird, dass die Dinge, die gemacht wurden und gemacht werden sollen, objektiv betrachtet werden, immer mit **Respekt vor der menschlichen Person**: ohne künstlich ein Feindbild zu schaffen, ohne das Leid der Menschen auszunutzen, ohne den Krieg unter Armen zu provozieren einzig mit dem Ziel, Wählerstimmen zu fangen.

„Wir leben nicht in einer Zeit des Wandels, sondern vielmehr in einem **Wandel der Zeit**. Die Situationen, die wir derzeit erleben, stellen uns vor neue Herausforderungen, die für uns manchmal auch schwer zu verstehen sind. Diese unsere Zeit erfordert es, dass wir Probleme als Herausforderungen erleben und nicht als Hindernisse“ (Papst Franziskus, Florenz 10.11.2015). Bürger, neue und zukünftige, Wähler, Kandidaten, Parteigänger, künftige Verwalter – wir alle sollten versuchen, uns den Anforderungen dieser unserer Zeit zu stellen und gerecht zu werden.

*Paolo Valente,  
Direktor der Caritas Diözese Bozen-Brixen*

## Status quo und Empfehlungen der Caritas. 16 Themen

Die Caritas Diözese Bozen-Brixen setzt sich im Sinne des Gemeinwohls auf verschiedensten Ebenen für die Förderung der ganzheitlichen menschlichen Person ein. Im Folgenden findet sich eine Auswahl an 16 Themen, die sowohl in das Programm als auch in die Diskussion um die kommenden Landtags- und Regionalratswahlen aufgenommen werden sollten. Die 16 Themen wurden von Caritas-Mitarbeitern im Rahmen ihrer vielfältigen Tätigkeiten gesammelt und von der Caritas-Beobachtungsstelle aufgearbeitet.

### Jugend und Familien

*Familien fördern, damit sie ihren erzieherischen Aufgaben nachkommen können. Die Jugendlichen zu freien, aber auch verantwortungsvollen Menschen machen, sie für eine multi-kulturelle Gesellschaft vorbereiten. Diejenigen unterstützen, die sich schwer dabei tun.*

#### 1. Unterstützung für Familien

**Status quo:** Trotz vieler bereits existierender Leistungen und Angebote entspricht die Unterstützung von Familien in Südtirol in manchem nicht den neuartigen Entwicklungen und aktuellen Bedürfnissen.

##### Empfehlungen:

- Die Situation der Väter sollte nachhaltig gestärkt werden, sodass sie mehr Zeit für ihre Familien aufwenden können. Im öffentlichen Dienst sind die Möglichkeiten bereits gut entwickelt, im Privatbereich jedoch haben sie im Moment lediglich Anspruch auf 2 bis 4 Tage Urlaub nach der Geburt ihres Kindes. Das kann das Land ändern, indem es Betrieben passende Unterstützung gewährt.
- Es braucht mehr pädagogische Frühförderung für Familien unmittelbar nach der Geburt eines Kindes mit Beeinträchtigung und in den ersten Lebensjahren.
- Für alleinerziehende Mütter in Wohnungsnot braucht es mehr spezifische Einrichtungen, die es ihnen erlauben, mit den Kindern auch nach dem Verlust der Unterkunft zusammenzubleiben. (Gerade in den letzten Jahren ist die Zahl von betroffenen Müttern in einigen Caritas Diensten deutlich angestiegen).
- Es braucht materielle und/oder finanzielle Unterstützung für unterhaltspflichtige Väter/Mütter, die aufgrund ihrer Unterhaltspflicht nicht mehr in der Lage sind, die eigenen existenzsichernden Kosten, allem voran die Miete, zu decken.

## 2. Sprachgruppenübergreifende Jugendarbeit

**Status quo:** Wie im gesamten Bildungsbereich ist auch die Jugendarbeit in Südtirol immer noch stark nach Sprachgruppen getrennt organisiert. Es gibt wenig Aktivitäten, welche den Austausch zwischen den verschiedensprachigen Jugendgruppen fördern. Dies widerspricht den offiziellen Leitbildern, welche das Potential von Diversität in der Jugendarbeit anerkennen, und erschwert letztendlich die Verwirklichung eines friedlichen Zusammenlebens in Südtirol.

### Empfehlungen:

- Die Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen in der Jugendarbeit sollte – wie im Jugendförderungsprogramm (der deutschen und ladinischen Sprachgruppe, April 2018) vorgesehen – strukturell ausgebaut werden.
- Synergien mit relevanten Initiativen von Gemeinden (siehe Sozialplan Meran) sollten unbedingt genutzt werden.
- Der Ausbau der sprachgruppenübergreifenden Jugendarbeit erfordert auch die Definition von einheitlichen Bewertungskriterien, welche der Finanzierung von sprachgruppenübergreifender Jugendarbeit Vorrang geben. Hierzu bräuchte es eine Änderung des Beschlusses der Landesregierung Nr. 1201 vom 20.10.2015.

## 3. Jugendliche und Abhängigkeiten

**Status quo:** Die in Südtirol tätigen Dienste und Organisationen beobachten ein Reihe von beunruhigenden Entwicklungen. Ständig entstehen neue und gefährliche Konsumformen. Manche Jugendliche befinden sich in äußerst prekären Situationen und leben sogar auf der Straße.

### Empfehlungen:

- In erster Linie sind mehr Informationen nötig, um die Entwicklungen, vor allem im städtischen Raum und in der Periferie, besser zu verstehen. Entsprechende Streetwork-Projekte ("aufsuchende Sozialarbeit") sollten daher ausgeweitet werden.
- In Südtirol fehlen spezifische Einrichtungen für betroffene Jugendliche: Tageszentren, Day-Hospital, auch Schlafstellen. Im Moment werden therapiebedürftige Jugendliche in Einrichtungen außerhalb des Landes geschickt.
- Die Aktualisierung der Leitlinien des Landes (aus dem Jahr 2003) sollte diese Trends berücksichtigen, angemessene Formen der Prävention entwickeln und lokale Antworten/Dienste erarbeiten. Die Koordinierung zwischen den betroffenen Behörden und Organisationen – genauso wie zwischen Sozial- und Sanitätsdiensten auf Landesebene – muss verstärkt werden.

## Zuhören und beraten

*Allen einen Mindeststandard garantieren, um ein würdiges Leben führen zu können. Die Menschen und die Familien in Richtung Eigenständigkeit begleiten, ihnen die Mittel zur Verfügung stellen, um ihr eigenes Leben nachhaltig planen zu können. Den Menschen in jeder Phase ihres Daseins Würde verleihen.*

## 4. Maßnahmen gegen die materielle Not

**Status quo:** Das soziale Netz ist in Südtirol sehr gut ausgestattet. Das soziale Mindesteinkommen sowie die Beiträge für Miete und Wohnungsnebenkosten sind eine enorm wichtige Unterstützung für viele Familien in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dennoch gibt es nach wie vor Personen, Familien und zahlreiche Minderjährige, die tagtäglich in materieller Not leben. Der Anstieg von prekären Arbeitsverhältnissen und der sog. „Working poor“ gehört zu den Hauptursachen für die Schwie-

rigkeiten und die Unmöglichkeit, sich bestimmte lebensnotwendige Leistungen und Güter leisten zu können.

#### **Empfehlungen:**

- Die Verbesserung und Anpassung des aktuellen Systems der sozialen Mindesteinkommens an den tatsächlichen Bedarf der Personen.
- Angemessene Maßnahmen zur Reduzierung der prekären Arbeitsverhältnisse und der sog. „Working poor“.
- Die Schaffung von leistbaren Unterkünften.

## **5. Ausbau der Hospizarbeit**

**Status quo:** Das Netz sozio-sanitärer Pflegeleistungen ist in Südtirol gemeinhin sehr gut ausgebaut. Bei der Betreuung von lebensbedrohlich erkrankten und sterbenden Menschen ist die Verwirklichung eines Palliativzentrums für Kinder bis 2023 ein wichtiger Schritt, dennoch gibt es noch weiteren Verbesserungsbedarf.

#### **Empfehlungen:**

- Die Landespolitik ist gefragt, um die bisher gesetzten Rahmenbedingungen und bestehenden Strukturen weiter auszubauen, ihre Finanzierung sicherzustellen und einen intensiveren Ausbau der ambulanten palliativen Versorgung zu ermöglichen.
- Neben der ambulanten Hospizarbeit braucht es auch den systematischen Aufbau von stationärer Hospizarbeit. So sollte zusätzlich zu den bestehenden Palliativstationen in Meran und Bozen ein (nicht im Krankenhaus angesiedeltes) stationäres Hospiz aufgebaut werden. Dies sollte als Kompetenzzentrum neben der Betreuung von Sterbenden und deren Angehörigen auch dafür Sorge tragen, dass in den privaten und öffentlichen Strukturen des sozialen und sanitären Bereichs, wie etwa Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Sozialsprengel usw. eine entsprechende Hospizkultur entwickelt wird.

## **6. Stärkere Förderung von Präventionsprogrammen**

**Status quo:** In Südtirol existieren bereits einige Initiativen, um bestimmten gesellschaftlichen Phänomenen vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken. Gerade in den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von landesweiten Netzwerken ins Leben gerufen, um die Prävention sei es im Bereich Gewalt oder Suizid zu verstärken. Ebenso gibt es verschiedene Angebote, um beispielsweise Verschuldung durch mangelhaften Umgang mit Geld (z.B. bei Jugendlichen, Geringverdienern, Migranten) oder Abhängigkeiten von Glücksspiel zu vermeiden.

#### **Empfehlungen:**

- Für die Zukunft ist es wichtig, dass die existierenden Initiativen vom Land deutlicher und nachhaltiger gefördert werden.
- Gemeinsam mit den Netzwerkpartnern sollten neue Aktionen oder Schwerpunkte erarbeitet und die Ressourcen dafür langfristig zur Verfügung gestellt werden.

## Wohnen und Arbeiten

*Ein Zuhause und Arbeit als Grundrecht anerkennen. Auch denjenigen die nicht arbeiten können, die Möglichkeit zur Persönlichkeitsentwicklung bieten. Eine Gesellschaft fördern, welche in der Lage ist, diejenigen aufzunehmen, die sich schwertun.*

### 7. Aktiv bleiben

**Status quo:** Für viele Menschen (darunter viele Nutzer der Caritas Dienste) ist leider ein Arbeitsintegrationsprojekt nicht durchführbar. Die Herausforderung ist, diesen Personen dennoch ein aktives Leben zu ermöglichen. In diesem Sinne fungiert die Beschäftigung als tagesstrukturierende, persönlichkeitsstabilisierende Aktivität.

#### Empfehlung:

- Es braucht Investitionen in innovative Modelle wie „Job-Workshops“ (auch in Zusammenarbeit mit privaten Akteuren). Best-practice-Beispiele gibt es bereits (Bahngleis 7, CaritasCafé, La Strada - der Weg und andere).

### 8. Das Recht auf ein Zuhause

**Status quo:** In Südtirol gibt es seit jeher nur wenige Mietwohnungen. Besonders in den größeren Gemeinden ist es schwierig, angemessenen Wohnraum im Rahmen des eigenen Einkommens zu finden. Darüber hinaus fördert die Wirtschaftsstruktur (Handel, Gastronomie, Tourismus) die Konzentration von Geringverdienern, vor allem, aber nicht nur, von Ausländern. Gleichzeitig sind viele von ihnen vom sozialen Wohnbau ausgeschlossen (aufgrund der 5-jährigen Mindestansässigkeitsklausel).

#### Empfehlungen:

- Die Aufstockung von Wohnplätzen für Arbeiter zu angemessenen und sachgerechten Tarifen – auch in ländlichen Gegenden – z.B. durch neue Arbeiterwohnheime, die es im Moment nur in Bozen und Meran gibt, ist dringend notwendig.
- Personen mit besonderen Problematiken und Bedürfnissen brauchen neue Wohnformen. Wie in den Leitlinien des Landes „Maßnahmen für obdachlose Personen“ vorgesehen, sollte das entsprechende Pilotprojekt verstärkt gefördert und umgesetzt werden.

### 9. Das neue Gefängnis und alternative Haftmaßnahmen

**Status quo:** Die Situation im Bozner Gefängnis ist derzeit unangemessen, sowohl für die Inhaftierten als auch für die dort Beschäftigten. Leider ist der Baubeginn für das neue Gefängnis erst für 2021 vorgesehen.

#### Empfehlungen:

- Die Anwendung alternativer Haftmaßnahmen (wie in den staatlichen Leitlinien vorgesehen) muss weiter verfolgt werden. Der Caritas-Dienst Odós allein reicht nicht aus, um die Projekte von allen Gefängnisinsassen mit entsprechender Genehmigung durchzuführen. Vor allem eingewanderte Personen ohne soziales Netz brauchen zusätzliche Einrichtungen und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung.
- Für das neue Gefängnis ist die Planung von Projekten zur sozialen Wiedereingliederung unerlässlich (wie bereits angedeutet in der Studie „Hinter Mauern, aber nicht hinter Gittern“, Caritas 2014).



## Betreuung und Begleitung

*An einer inklusiven Gesellschaft arbeiten. Die Eigenständigkeit von Personen mit Beeinträchtigung fördern. Ihnen die nötigen Hilfestellungen bieten, um ein Leben in Würde und ihren Fähigkeiten entsprechend führen zu können.*

### 10 Gezielte Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen

**Status quo:** In Südtirol fehlt eine konkrete Agenda zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen und des Landesgesetzes zur Inklusion und Teilhabe. Die Themen Wohnen, Pflege und Arbeitsintegration sind als Schlüsselbereiche zur Sicherung der sozialen Teilhabe zu betrachten. In Südtirol ist teilweise eine prekäre Arbeits- bzw. Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen oder von älteren Menschen mit Pflegebedarf zu beobachten, in manchen Bezirken gibt es sehr lange Wartezeiten für einen Heimplatz.

#### Empfehlungen:

- Verschiedene innovative Wohnmodelle, z.B. teilselbständiges, inklusives Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, WGs, Co-housing-Projekte, sind Alternativen zum klassischen Pflegeheim und sollten flächendeckend aufgebaut werden. Sie beugen der Vereinsamung im Alter vor und stärken die Bezirke und Dörfer.
- Statt der schrittweisen Kürzung, z.B. durch die häufigere Vergabe von niedrigeren Pflegestufen, braucht es eine nachhaltige Sicherung des Pflegegeldes.
- Außerdem ist eine bessere Unterstützung der Angehörigen notwendig, z.B. durch konkrete Entlastungen: mehr Angebote der Tagespflege, Nachtpflege, am Wochenende, auch durch die allgemeine Aufwertung der Hauspflegedienste. Zudem sollte der flächendeckende Aufbau von Freiwilligeninitiativen und Nachbarschaftshilfe gefördert werden.
- Für Menschen mit Beeinträchtigungen sind adäquate, auch niederschwellige Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsmodelle nötig. Zudem sollte nach dem Modell von Caritas Integra in Meran südtirolweit die Miteinbindung privater Anbieter bei der Arbeitsinklusion gefördert werden.
- Es bräuchte verbesserte Lösungen zur Absicherung der individuellen Mobilität von betroffenen Menschen und die langfristige Absicherung von Freizeitassistentenprojekten (z.B. vivo der Lebenshilfe).

## Aufnahme und globale Verantwortung

*Das Recht auf Auswanderung und das Recht auf Verbleib in der Heimat schützen. Die neuen und zukünftigen Mitbürger in würdiger Weise aufnehmen, schützen, fördern und integrieren. Uns selbst für die Komplexität und Diversität vorbereiten. Europa als Friedensprojekt.*

### 11. Aufnahme im Rahmen der Gesetze

**Status quo:** Die Menschen, welche auf eigene Faust Südtirol erreichen (von Süd und von Nord) und hier ihren Asylantrag stellen (sog. „fuori quota“) werden nicht (nicht sofort und nicht alle) – wie vom Gesetz vorgesehen - in das Aufnahmesystem für Asylsuchende aufgenommen. Bevor sie aufgenommen werden, leben viele auch für längere Zeit in äußerst prekären Umständen (auf der Straße, in Pensionen oder anderen provisorischen Unterkünften). Diese Situation verursacht im ganzen Land, aber besonders in Bozen, beträchtliche Probleme, Unannehmlichkeiten und Kosten (Essensausgaben, niederschwellige Dienst etc.).

## **Empfehlung:**

- Die rasche und ordnungsgemäße Aufnahme in den Einrichtungen für Asylsuchende und davor die angemessene Begleitung und Unterstützung für alle Betroffenen, in erster Linie für besonders schutzbedürftige Personengruppen (nicht nur Familien, sondern auch männliche Erwachsene und Frauen).

## **12. Abgewiesene Menschen**

**Status quo:** Aufgrund der geltenden Praktiken und Regelungen erlangt nur ein Teil der asylsuchenden Menschen einen Schutzstatus. Die anderen verbleiben mit hoher Wahrscheinlichkeit trotzdem – allerdings ohne die für ein Leben in der Legalität notwendigen Dokumente.

## **Empfehlungen:**

- Die Landesregierung sollte sich auf staatlicher und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass eine gesetzliche Grundlage für eine reguläre Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geschaffen wird und den bereits anwesenden Personen Aufenthaltsgenehmigungen aus Arbeitsgründen (oder aus familiären/humanitären Gründen) gegeben werden kann.
- Die Landesregierung sollte sich zudem dafür einsetzen, dass die Sozialdienste sich auch um diejenigen Personen kümmern können, welche keine Aufenthaltsgenehmigungen erhalten haben.

## **13. Weiterbildung für Erwachsene**

**Status quo:** Zahlreiche Asylantragsteller (oder andere Migranten), die sich in Südtirol aufhalten, bringen eine geringe Schulbildung mit. Vereinzelt gibt es Bemühungen, diesem Phänomen entgegenzuwirken (wie z.B. das Nachholen des Mittelschulabschlusses im Haus Anna), bis jetzt sind das jedoch Einzelfälle.

## **Empfehlung:**

- Um für diese Menschen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, der immer mehr auf Spezialisierungen setzt, ist es wichtig, gezielt und strukturiert die Fort- und Weiterbildung der Erwachsenen zu fördern, wie etwa das Nachholen des Mittelschulabschlusses, Arbeitsintegrationskurse usw., immer natürlich aufbauend auf den Fähigkeiten der Personen und der territorialen Bedürfnisse und unter Miteinbeziehung der verschiedenen interessierten Institutionen.

## **14. Multikulturalität in den Schulen**

**Status quo:** Derzeit finden in den Schulen nur vereinzelt Tätigkeiten oder Projekte zur Förderung der Multikulturalität statt (darunter u.a. Workshops der youngCaritas). Wenn die Sensibilität dafür unter der Bevölkerung und den Jugendlichen geschärft wird, fördert das das Zusammenleben und beugt sozialen Konflikten vor.

## **Empfehlung:**

- Die Information, Sensibilisierung und Bildung der Gesellschaft in Bezug auf diese Themen müssen in viel strukturierterer und geordneter Art und Weise erfolgen. Dafür braucht es eine längerfristige Vision, um das Thema Migration/Integration systematisch in die pädagogischen Schulpläne einzubinden.

## **15. Entwicklungszusammenarbeit**

**Status quo:** Die Entwicklungszusammenarbeit fördert, wenn sie richtig verstanden wird, das Recht der Menschen, in ihrem eigenen Land zu bleiben. Der Einsatz der Südtiroler Landesverwaltung für

die Entwicklungszusammenarbeit ist zwar qualitativ in Ordnung, aber quantitativ weit von den Parametern entfernt, die kürzlich unter Ziel Nr. 17 der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung bekräftigt wurden. Folgende Empfehlungen stammen aus einem Dokument, das von verschiedenen in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Organisationen erarbeitet wurde.

#### **Empfehlungen:**

- Eine schrittweise Erhöhung der Entwicklungsgelder im Sinne des 17. Ziels für nachhaltige Entwicklung innerhalb eines definierten Zeitraumes.
- Eine breitere Finanzierung der zuständigen Landesstellen, in erster Linie des Amtes für Kabinettsangelegenheiten. Dieses Amt kann dann verstärkt auch als Netzwerkplattform zwischen den einzelnen Akteuren fungieren.
- Wiedereinführung des Landesbeirates zur Entwicklungszusammenarbeit (EZA), der den politischen Entscheidungsträgern mit seiner Fachkompetenz zur Seite steht.

## **16. Europa als Friedensprojekt**

**Status quo:** Die europäische Integration hat sich nach zwei Weltkriegen als „Friedensprojekt“ entwickelt. Heute sind Nationalismen und die Kleinstaaterei wieder im Vormarsch, die zu den Konflikten geführt haben. Frieden auf globaler Ebene ist mit der Entwicklung eines solidarischen Europas verbunden, das die Menschenrechte energisch verteidigt.

#### **Empfehlungen:**

- Gemeinsam (in der Schule und in den Institutionen) zu einem solidarischen Europa erziehen, in dem die Rechte aller Menschen verteidigt werden.
- Europa als ein „Friedensprojekt“ fördern, das darauf abzielt, Grenzen zu überwinden und auf der Welt die Rolle des Förderers von Rechten und Pflichten des Menschen wiederzuerlangen. Ein Projekt, das sich auf lokale, regionale und kommunale Erfahrungen im Stil der Subsidiarität stützt.